



HESSISCHER LANDTAG

20. 03. 2007

*Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen*

Antrag der Abg. Schäfer-Gümbel, Frankenberger, Klemm, Pfaff, Riege, Tesch (SPD) und Fraktion

betreffend Entwicklungszusammenarbeit ernst nehmen - bürgerschaftliches Engagement zugunsten der Ärmsten besser fördern

Der Landtag wolle beschließen:

1. Die Landesregierung wird aufgefordert, die Mittel für Entwicklungsprojekte hessischer Nichtregierungsorganisationen - bei Beibehaltung der bisherigen regionalen Schwerpunkte - mindestens zur Hälfte auch für solche Projekte zu bewilligen, die Chancen zum Anschluss an eine Grundversorgung mit Bildung und Gesundheit sowie an Trinkwasser-, Strom- oder Straßen-Netze schaffen.
2. Die Landesregierung wird aufgefordert, den Haushaltsansatz für entwicklungspolitische Zusammenarbeit im Landeshaushalt 2008 in einem ersten Schritt auf den früheren Stand von 1 Mio. € zu erhöhen.

Begründung:

Hessen sieht sich in der globalisierten Welt als ein internationales und welt-offenes Land. Die Entwicklungszusammenarbeit mit den ärmeren Regionen dieser Erde will diesen die faire Chance bieten, sich selbst helfen und sich und ihr Land entwickeln zu können. Diese Zusammenarbeit ist Maß unserer Tradition der Menschlichkeit und aktive Unterstützung einer friedlichen Entwicklung der Welt. Die langjährige direkte partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen Gruppen in Hessen und in Entwicklungsländern ist ein Garant für die Nachhaltigkeit solcher Projekte.

Die Aufgabe Hessens in der Entwicklungszusammenarbeit sehen wir auch darin, solche solidarischen Initiativen von Menschen aus Hessen und ihr bürgerliches und ehrenamtliches Engagement zu unterstützen. Die Zusammenarbeit der Landesregierung mit hessischen entwicklungspolitischen Initiativen, Vereinen und Organisationen darf nicht zur Ankündigungspolitik geraten.

Die Konzentration der Landesregierung auf „wirtschaftsnahe Maßnahmen“, die wirtschaftliches Handeln stärken sollen, läuft auf eine Stärkung derer hinaus, die bereits mit Bezug auf den Weltmarkt oder existierenden lokalen Märkten arbeiten. Sie vergisst die vielen, denen der Zugang zu Bildung, zu Gesundheitsversorgung, zu Märkten sowie zu einer Tätigkeit, die mehr ist als Subsistenzwirtschaft, erst noch eröffnet werden muss.

Wenn das Land Hessen Projekte im Bildungsbereich oder Gesundheitsbereich oder den Anschluss ländlicher Regionen an die Trinkwasser-, Elektrizitäts- oder Straßen-Netze künftig nicht mehr fördert, dann zeigt das deutlich, dass es der Landesregierung nicht mehr darum geht, Armut direkt zu bekämpfen und jenen armen Menschen, die bisher kaum Chancen haben, "wirtschaftlich zu handeln", Chancen zu eröffnen. Der größte Teil der von entwicklungspolitischen Gruppen aus Hessen gemeinsam mit Partnerorganisationen in Entwicklungsländern durchgeführten Projekte wird dadurch praktisch von jeder Landesförderung ausgeschlossen.

Im Landeshaushalt 2007 finden sich Mittel in Höhe von 263.000 € für die entwicklungspolitische Zusammenarbeit. Noch vor einigen Jahren lag dieser Ansatz bei 2 Mio. DM oder rund 1 Mio. €. Im Vergleich der Bundesländer ist Hessen mit diesem Haushaltsansatz auf einen der letzten Plätze abgerutscht. Dieses gilt es zu korrigieren, will man den entwicklungspolitischen Werten auch mehr Mittel folgen lassen.

Wiesbaden, 20. März 2007

Die Fraktionsvorsitzende:
Ypsilanti

Schäfer-Gümbel
Frankenberger
Klemm
Pfaff
Riege
Tesch